

Verband der Bibliotheken begrüßt Initiativen im Landtag/ Bibliotheksgesetz wäre hilfreich

„Bibliotheken auf die politische Tagesordnung“

Die Regierungsparteien CDU und FDP sowie die SPD haben Anträge zur Bibliotheksentwicklung in den Landtag eingebracht. Beide Anträge beziehen sich auf die **Enquete-Kommission** Kultur des Deutschen Bundestags. Diese hatte in ihrem Schlussbericht die **besondere Bedeutung der Bibliotheken für Bildung und Kultur** anerkannt und den Ländern empfohlen, Bibliotheksgesetze zu verabschieden, um die Bibliotheken rechtlich aufzuwerten.

Monika Rasche, Vorsitzende des Verbands der Bibliotheken in Nordrhein-Westfalen (vbnw), begrüßt die beiden Initiativen im Landtag ausdrücklich. „Bibliotheken gehören in Deutschland auf die politische Tagesordnung“, zitiert sie den Bundespräsidenten Horst Köhler aus seiner Rede zur Wiedereröffnung der Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar.

Gerade in Nordrhein-Westfalen sei es wichtig, dass das Land sich seiner Verantwortung stellt. So ist hier zurzeit ungeklärt, welche Konsequenzen das Hochschulfreiheitsgesetz auf die Wahrnehmung der landesbibliothekarischen Aufgaben durch die Universitätsbibliotheken in Bonn, Düsseldorf und Münster hat.

Die Bibliotheken in den Kommunen haben seit Bekanntwerden der ersten PISA-Studie **erhebliche Anstrengungen** unternommen, Schulen und Kindertageseinrichtungen in ihrem Bildungsauftrag zu unterstützen und das Lesen und Lernen zu fördern. In mehr als hundert Orten wurden **Bildungspartnerschaften** zwischen Schulen und Bibliotheken geschlossen. Nahezu **flächendeckend arbeiten die Bibliotheken im Lande mit Erzieherinnen zusammen**, um Kinder bereits vor Eintritt in die Schule mit Büchern bekannt zu machen und so die Sprachentwicklung zu fördern.

Dies bewahrte die Bibliotheken, die bislang immer noch zu den freiwilligen Aufgaben der Kommunen gehören, in den letzten Jahren nicht davor, durch Sparmaßnahmen immer wieder erheblich in ihrer Qualität beschnitten zu werden. Personal wurde abgebaut, Öffnungszeiten wurden reduziert, Etats für die Anschaffung von Büchern und Medien drastisch gekürzt. **Der Verband der Bibliotheken hofft, dass hinter den Anträgen aus dem Landtag der Wille der Parteien steht, diesem Trend endgültig ein Ende zu setzen.**

Die Parteien haben erkannt, dass Bibliotheken unverzichtbar sind sowohl zur Wahrung des kulturellen Erbes als auch zur Schaffung gleicher Bildungschancen durch die Förderung des Lesens sowie das Angebot kostengünstiger Zugänge zu Wissen und Information. Im Interesse der Menschen im Land fordert der Verband, den Anträgen auch Handlungen folgen zu lassen, die die Bibliotheken in Bestand und Qualität sichern. **Ein Bibliotheksgesetz kann hier sehr hilfreich sein.**